



DIE EIGENEN MÜSSEN VORRANG VOR DEN FREMDEN HABEN

Nicht die „Tafel“, sondern die Politik ist das Problem!

Von WOLFGANG HÜBNER | Der [exemplarische Konflikt in Essen](#) um die Verteilung der Armen- und Bedürftigenspeisung des dortigen „Tafel“-Vereins wirft ein grelles Schlaglicht auf zwei grundsätzliche Probleme: Erstens auf eine Schieflage in der staatlichen Gemeinschaft, zweitens auf die Rangfolge sozialer Unterstützung in Deutschland. Diese Probleme sind nicht gottgegeben, sondern resultieren aus politischem Versagen und ideologischer Verblendung. Wer beides nicht wahrhaben will, kann den Konflikt weder verstehen noch lösen.

Es ist eine nicht zu leugnende Tatsache, dass in einem der reichsten Länder der Welt, dem Waren- und Supermoralexportchampion Deutschland, die Zahl derjenigen, die auf wohltätige Verteilungsaktionen der im ganzen Land tätigen „Tafeln“ angewiesen sind, größer geworden ist. Nichts könnte diese skandalöse Schieflage im verwahrlosten Sozialstaat deutlicher dokumentieren. Diese Feststellung beinhaltet in keiner Weise eine Kritik oder Geringschätzung der Tätigkeit der „Tafeln“ und ihrer vielen Helfer und Unterstützer. Schließlich versuchen sie ja nur eine Schieflage zu lindern, die ignoranter politischer Verantwortungslosigkeit geschuldet ist.

Selbstverständlich gibt es in jedem Land Lebensversager, Arbeitsscheue und aus unerfreulichen Gründen gescheiterte Menschen. Für sie kann und muss ein Mindestlebensunterhalt organisiert werden, nicht mehr und nicht weniger. Daneben existiert aber auch eine nicht geringe Zahl von Staatsbürgern, die wegen unglücklicher Umstände, privater Tragödien oder unzureichender Altersversorgung auf staatliche oder karitative Hilfe angewiesen sind. Deutschland ist wohlhabend und immer noch gut organisiert genug, um diesen Menschen in nicht demütigender Weise eine würdige, wenngleich keine üppige Teilhabe am Leben in der staatlichen Gemeinschaft zu ermöglichen.

Finanziell wäre das überhaupt kein Problem, wenn die Politik in Deutschland nicht dem Wahn verfallen wäre, die Grenzen für Sozialmigranten aus aller Welt zu öffnen, aberwitzige Millionen monatlich für sogenannte „unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“ zu zahlen und großzügig ethnische Minderheiten zu subventionieren, von deren Population nur ein geringer Teil zum wirtschaftlichen Wohlstand beiträgt.

Und damit sind wir schon beim zweiten Problem, nämlich der Rangfolge sozialer Unterstützung. In Essen ist es die schiere konkrete Not, die die dortigen „Tafel“-Verteiler zu der Maßnahme veranlasst haben, deutschen Bedürftigen den Vorrang vor Ansprüchen von Ausländern zu geben. Doch in einer Zwangssituation wurde in Essen grundsätzlich richtig gehandelt. Denn selbstverständlich müssen die Eigenen Vorrang vor den Fremden haben.

Allerdings ist das in einem Land, in dem unaufhörlich Selbsthass und Selbstverachtung geschürt und gefördert, jedoch Fremdenliebe bis zur Selbstaufgabe gepredigt und praktiziert wird, alles andere als selbstverständlich. Die persönlich allesamt materiell bestens abgesicherten Freunde und Profiteure der Supermoral jaulen ob der Essener Entscheidung laut auf, allen voran eine SPD-Politikerin, die derzeit geschäftsführende Sozialministerin ist. Doch Katarina Barley

hat in ihrem Lebenslauf keine einzige Station, in der sie auch nur peripher Bekanntschaft mit der sozialen Situation von „Tafel“-Bedürftigen gemacht haben dürfte.

Das ist ihr nicht vorzuwerfen, aber anzumerken ist es schon. Eine wie sie kann und will sich auch deshalb nicht vorstellen, was den Essener „Tafel“-Verein zu seiner vielkritisierten Entscheidung gebracht hat. Für Barley existiert zudem aus ideologischer Sicht kein Unterschied zwischen den Eigenen und den Fremden. Im Gegenteil: In ihrer universalistischen Gesinnungsethik rangieren die armen oder für arm gewählten Fremden womöglich noch vor armen Deutschen, die sowieso längst nicht mehr wählen gehen, schon gar nicht mehr die SPD.

Es ist völlig unerheblich, ob die natürliche Bevorzugung der Eigenen und des Eigenen von Barleys parteiübergreifenden Gesinnungsgenossen als „Sozialegoismus“ oder gar als „Sozialrassismus“ gebrandmarkt wird. Denn man kann sich darauf verlassen, dass ein Großteil der Eigenen, also der Abstammungsdeutschen ebenso wie ganz besonders der gut integrierten neudeutschen Deutschen, sehr wohl versteht bzw. zu verstehen lernt, nach welcher Rangfolge soziale Unterstützung gegeben werden muss.

Da beißt die Maus keinen Faden ab: Der Sozialstaat in Deutschland ist erst einmal für die Deutschen, das Staatsvolk, da. Und wenn dieses Prinzip gilt und auch praktiziert wird, dann wird gewiss noch sehr viel, aber eben nicht alles auch für Fremde übrig sein. Am besten übrigens dort, wo es die nachhaltigste Wirkung entfaltet, also zum Beispiel in Flüchtlingslagern in der Nähe von Bürgerkriegsstaaten wie Syrien oder bei konkreten Projekten der Hilfe zur Selbsthilfe in Schwarzafrika.

Das ist alles gar nicht schwer zu verstehen. Doch die parasitär Volkeinkommen und Volksvermögen verschlingende Sozialindustrie, die Betreiber und Profiteure der Umvolkung sowie ein entweder korrumpiertes oder von Moralwahn

infiziertes politisches Personal will, mag oder kann das begleitet vom volkspädagogischen Dauerfeuer der dienstbaren Medien nicht begreifen. Umso notwendiger ist es, gerade an konkreten Beispielen wie in Essen zu zeigen: Die Eigenen haben Vorrang vor den Fremden!



Hübner auf
der Buch-
messe 2017
in
Frankfurt.

[PI-NEWS-Autor Wolfgang Hübner](#) schreibt seit vielen Jahren für diesen Blog, vornehmlich zu den Themen Linksfaschismus, Islamisierung Deutschlands und Meinungsfreiheit. Der langjährige Stadtverordnete und Fraktionsvorsitzende der „Bürger für Frankfurt“ (BFF) legte zum Ende des Oktobers 2016 sein Mandat im Frankfurter Römer nieder. Der 71-jährige leidenschaftliche Radfahrer ist über [seine Facebook-Seite](#) erreichbar.